

„Wir sind kerngesund“

Der saudiarabische Prinz Naïf Ibn Abd el-Asis über die islamische Opposition gegen das Herrscherhaus

SPIEGEL: Hoheit, fast jeden Tag verüben fanatische Moslems Anschläge – in Ägypten, in Algerien oder in Palästina. Auch Saudi-Arabien, Heimat der heiligsten Stätten des Islam, hat vor kurzem einen Schlag gegen radikale Islamisten geführt. Fühlt sich Ihr reicher Ölstaat von Fundamentalisten bedroht?

Naïf: Nein. Natürlich schmerzt uns, was in der arabisch-islamischen Welt vor sich geht. Es schmerzt vor allem, weil diese blutigen Ereignisse im Namen des Islam geschehen. Wir hoffen, daß diese düstere Phase bald vorbei sein wird. Der Islam, zu dem wir uns bekennen, ist der Islam des Aufbaus, nicht der Zerstörung. Unser Islam vertritt Liebe und Toleranz, nicht Blutvergießen. Was heute im Namen des Islam geschieht, hat mit unserer Religion nichts zu tun. Die Mörder sind Moslems, und die Opfer sind auch Moslems. Das ist ein unerträglicher Zustand.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß die islamistische Bewegung in der arabischen Welt von außen gesteuert wird?

Naïf: Schauen Sie doch auf die Landkarte. Wo sitzen denn die sogenannten Islamisten?

SPIEGEL: Einige ihrer Führer haben sich in die USA, nach Großbritannien, Frankreich und Deutschland geflüchtet.

Naïf: Genau. Dort erhalten sie Aufenthaltsgenehmigungen, teilweise wird ihnen sogar Asyl gewährt. Natürlich befürworten nicht alle im Exil Gewalt und Terror. Aber die das tun, schaden nicht nur sich selbst, ihrem Land und ihrem Volk, sondern auch ihrem Gastland.

SPIEGEL: An dieser Entwicklung sind Sie nicht unschuldig. Lange Zeit hat Saudi-Arabien islamisch-fundamentalistische Bewegungen unterstützt. Sie haben Hunderte Millionen Dollar in den Kampf afghanischer Mudschahidin gegen die damalige Sowjetunion investiert. Nun bekriegen sie einander.

Naïf: Was jetzt in Afghanistan geschieht, tut uns sehr leid. Wir haben damals die Widerstandsbewegungen unterstützt, damit das afghanische Volk sich von den sowjetischen Besatzern befreien konnte. Nun gibt es die Sowjetunion nicht mehr, doch anstatt das Land aufzubauen, massakrieren sich die Mu-



ELIAS / DER SPIEGEL

Prinz Naïf Ibn Abd el-Asis

gilt als Favorit für die Nachfolge von König Fahd, 71. Der Herrscher, von Diabetes und Übergewicht geplagt, soll tagelang nicht anzusprechen sein, weil er sich Computerspielen widme. Naïf, 60, seit 1975 Innenminister, fährt einen harten Kurs gegen Regimekritiker. Im Spätsommer wurden 157 Islamisten festgenommen, 27 sitzen noch im Gefängnis.

Die Herrscher sind nervös. Saudi-Arabien, einst vom Westen wegen des stabilen, wenn auch traditionalistischen Systems als Verbündeter in der Krisenregion geschätzt, ist anfällig geworden: Das Märchenland ist abgebrannt. Hohe Schulden drücken das ölreichste Land der Erde, das 35 Milliarden Dollar jährlich aus dem Ölexport erlöst, und sorgen für innenpolitische Verwerfungen.

Jahrelang dämpften die Petrodollars alle Kritik. Doch nun hat sich eine breitgefächerte Opposition aus religiösen Führern, Militärs, Geschäftsleuten und Bürgern gebildet, die der Widerstand gegen das Königshaus eint. Paradoxe Folge: In einem Land, das die

Scharia strenger anwendet als Iran, wo gepeitscht und geköpft und gesteinigt wird, bekommen fundamentalistische Moslems Zulauf.

Prediger heizen Aufstände an: Sie halten sich nicht mehr an die von Zensoren ausgegebenen Texte. In Riad kursieren Flugblätter, Text: „Denkt an das Beispiel des Ketzer-Schahs von Iran: Könige sind von Übel.“

Die Vorwürfe richten sich gegen etliche der 4000 Prinzen, die sich im Ausland in Villen und Kasinos vergnügen. Diplomaten berichten von Flugzeugen mit europäischen Edelprostituierten, die in Riad landen, und von Containern voll Whisky, die in Dschidda ankommen. Ein Saudi-Diplomat setzte sich mit 14 000 Dokumenten in die USA ab, die Terror, Korruption und Menschenrechtsverletzungen belegen sollen.

Die Kreditwürdigkeit des Staats hat dramatisch abgenommen. US-Flugzeugbauer stunden viele Milliarden Dollar, der Exportversicherer NCM Credit Insurance teilte seinen Kunden mit, daß Geschäfte mit den Saudis nur noch unter strengsten Auflagen abgesichert würden.